

EU-SICHERHEIT

„Big Brother“ in Brüssel

Die EU-Kommission bereitet den Aufbau einer riesigen Zentralstelle zur Datensammlung vor. Damit bekämen Polizei- und andere Sicherheitsbehörden Zugriff auf Informationsbereiche, die ihnen bislang gesetzlich versperrt sind, warnen Datenschützer. Für über 100 Millionen Euro soll eine „Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Justiz“ errichtet werden, umschreibt ein Kommissionspapier vom 24. Juni (2009/293 final) das Vorhaben im nebulösen EU-Jargon. Diese neue Behörde soll zunächst drei große Datensammelstellen zusammenführen, die heute unabhängig voneinander arbeiten: das „Schengener Informationssystem“ (SIS), das vor allem Angaben über Personen sammelt, die zur Fahndung ausgeschrieben sind; das „Visa-Informationssystem“, das biometrische Merkmale von Menschen aus Nicht-EU-Ländern speichert, die einen Visumantrag zur privaten oder geschäftlichen Europareise gestellt haben; und „Eurodac“, ein elektronisches Register mit Fingerabdrücken von Asylbewerbern. Später sollen der Agentur weitere Informationssammelstellen angegliedert werden. Gegen den Plan regt sich nun Widerstand im Europäischen Parlament. „Eine solche gigantische Menge unterschiedlicher Daten zu zentralisieren“ mache nur Sinn, fürchtet etwa der FDP-Datenschutzexperte im Europaparlament, Alexander Alvaro, „wenn man Profile von Menschen aufbauen will“. Das brächte, so Alvaro, „amerikanische Verhältnisse nach Europa, die hier doch angeblich niemand will“. Hinter dem EU-Vorhaben stehen dagegen die Innenminister etlicher Mitgliedsländer, insbesondere der deutsche, Wolfgang Schäuble.

SPD

Kritik an „Super Nanny“

In der SPD stößt das Engagement des RTL-Fernsehstars Katharina Saalfrank („Super Nanny“) im Bundestagswahlkampf auf Skepsis. Die Bundestagsabgeordnete und Familienexpertin Marlene Rupprecht fordert von SPD-Generalsekretär Hubertus Heil eine Erklärung, warum Saalfrank als Wahlkämpferin eingesetzt wird. Die Abgeordnete wirft der RTL-Sendung vor, Kinder bloßzustellen und zu missbrauchen: „Kinder dürfen nicht dazu benutzt werden, um mit ihnen Quote zu machen.“ Ähnlich hatte sich auch Renate Schmidt, die ehemalige Familienministerin, bei einem früheren Anlass geäußert. Ihrer Ansicht nach verletzt die Sendung die Würde von Kindern. Kritik an der „Super Nanny“ kommt auch von der Vorsitzenden der Kinderkommission des Bundestags, Ekin Deligöz (Grüne): „Ich würde sie nicht im Wahlkampf einsetzen“, sagt sie. „Ihre Sendung hat einen voyeuristischen Charakter.“



Saalfrank (r.), Heil

TORSTEN SILZ / DDP

RÜSTUNGSEXPORTE

Poker mit Pakistanern

Verhandlungen der pakistanischen Marine über den Kauf von deutschen U-Booten sind offenbar weiter gediehen als bisher bekannt. Die Bundesregierung hält die Entscheidung über den pikanten Deal mit dem Atomwaf-

fenstaat aber aus Rücksicht auf die Bundestagswahl zurück. Eine Delegation der pakistanischen Marine besuchte im April Deutschland und verhandelte über die konkreten Lieferbedingungen für die modernen U-Boote des Typs 214 mit Brennstoffzellenantrieb. Dabei wurden allerdings die Finanznöte der pakistanischen Regierung offenbar. Mit Walter Freitag, Chef der Kieler HDW-

Werft, debattierten die Südasiaten über den Kaufpreis, der auf mehr als eine Milliarde Euro geschätzt wird. Bei der bundeseigenen KfW-Bank in Frankfurt berieten die Gäste aus Islamabad über die Konditionen eines deutschen Exportkredits. Die pakistanischen Besucher beklagten sich, dass die KfW mit einem Aufschlag von 2,8 Prozent auf den zwischen Banken geltenden Euribor-Zins zu hohe Forderungen stelle, baten aber gleichzeitig um Stückelung der Anzahlung und eine Verlängerung der Tilgungsfrist von 5 auf 20 Jahre. Dennoch hofft HDW weiterhin auf den Verkauf der U-Boote, in Kiel ist von einem „laufenden Geschäft“ die Rede. Sollten die Pakistaner einen Neubau nicht finanzieren können, gilt auch ein alternativer Deal als möglich: HDW könnte ein einst für die griechische Marine gebautes U-Boot des Typs 214 namens „Papanikolis“ anbieten. Das Boot wurde den Griechen nicht geliefert, weil Athen nicht bezahlte. Der Bundessicherheitsrat will sich erst nach der Wahl wieder mit dem umstrittenen Geschäft befassen. Eine Deckung des KfW-Kredits durch eine Hermes-Bürgschaft ist bereits in Aussicht gestellt.



Taufe eines U-Boots mit Brennstoffzellenantrieb in Emden

INGO WAGNER / DPA